GP Roundtable

Neue Verantwortung Teil II

Deutschland in einer globalen Welt

Follow-Up

Dezember 2017

Eine Veranstaltung der Global Perspectives Initiative
und der Stiftung Mercator

GPI

STIFTUNG
MERCATOR

Referenten
Michael Werz, Senior Fellow am Center for American Progress
Wolfgang Schmitt, Director bei der GOPA Consulting Group
Dennis Tänzler, Director International Climate Policy bei adelphi

Gastgeber & Moderation
Dr. Ingrid Hamm, Gründerin der Global Perspectives Initiative
Katharina Krüger, Referentin der Stiftung Mercator

Global Perspectives Initiative (GPI)
Die Global Perspectives Initiative unterstützt die Nachhaltigkeitsziele der UN, die die Welt bis zum Jahr 2030 sicherer und gerechter machen sollen. GPI bringt Akteure aus Politik, Wirtschaft, Medien und Gesellschaft zusammen, diskutiert Ansätze für eine nachhaltige globale Entwicklung und motiviert zum Handeln.
Als gemeinnützige und neutrale Plattform gibt die Initiative neue Impulse, sensibilisiert für Chancen und Herausforderungen einer globalen Gesellschaft und gestaltet so den öffentlichen Diskurs in Deutschland.

Stiftung Mercator
Die Stiftung Mercator ist eine private, unabhängige Stiftung. Sie strebt mit ihrer Arbeit eine Gesellschaft an, die sich durch Weltoffenheit, Solidarität und Chancengleichheit auszeichnet. Dabei konzentriert sie sich darauf, Europa zu stärken, den Bildungserfolg benachteiligter Kinder und Jugendlicher insbesondere mit Migrationshintergrund zu erhöhen, Qualität und Wirkung kultureller Bildung zu verbessern, Klimaschutz voranzutreiben und Wissenschaft zu fördern.
Die Stiftung Mercator steht für die Verbindung von wissenschaftlicher Expertise und praktischer Projekterfahrung. Als eine führende Stiftung in Deutschland ist sie national wie international tätig.Dem Ruhrgebiet, der Heimat der Stifterfamilie und dem Sitz der Stiftung, fühlt sie sich besonders verpflichtet.

Eine Veranstaltung der Global Perspectives Initiative
und der Stiftung Mercator

GPI

STIFTUNG
MERCATOR

GP Roundtable
Neue Verantwortung Teil II:
Deutschland in einer globalen Welt

Die künftige Bundesregierung steht vor enormen außenpolitischen Herausforderungen. Die Anzahl internationaler Krisenherde und interkultureller Konflikte nimmt ebenso zu, wie populistische Isolation und Nationalismus. Die Krise des Multilateralismus verschärft sich in Zeiten der „America First"-Politik der USA weiter und scheint trotz prosperierender wirtschaftlicher Entwicklungen auf einzelne europäische Staaten abzufärben. Die ureigene Interessengeleitetheit rückt ins Zentrum der Politik vieler in Europa. Sie ist Ausdruck und Resultat von andauernder Uneinigkeit und fehlender Visionen.

Wie geht Deutschland in der kommenden Legislaturperiode mit dieser komplexen Weltlage um? Vor allem in den Bereichen Klimaschutz, Sicherheitspolitik und globaler Entwicklungszusammenarbeit kann Deutschland nur mit Europa als Schutzmacht das Wirken von internationalen Akteuren kompensieren. Welche außenpolitischen Schritte und Strategien jetzt sinnvoll sein können, haben wir im zweiten Roundtable zu „Deutschlands Verantwortung in einer globalen Welt" beleuchtet. Die Aufgaben sind groß, ebenso wie die internationalen Erwartungen an Deutschland. Klar wurde aber auch: Deutschland schafft es nicht allein. Der künftige außenpolitische Kurs muss danach ausgerichtet werden. Deutschland braucht den europäischen Konsens, um handlungsfähig zu bleiben.

BEITRAG VON MICHAEL WERZ

Michael Werz vermittelte den Anwesenden ein aktuelles Bild zum innenpolitischen Zustand der USA sowie den direkten außenpolitischen Konsequenzen. Dabei grenzte er zwei entscheidende Entwicklungen voneinander ab.

Hausgemacht schwindender Einfluss von US-Diplomatie

Die angekündigten drastischen Budget-Kürzungen im US-Außenministerium untergraben den Einfluss und die diplomatische Wirkungsmacht der USA im Ausland. Die neuen Ausgabeprioritäten zu Gunsten des Militärs sehen Streichungen vor allem im diplomatischen Bereich vor. Das Nachsehen haben darüber hinaus der Umweltschutz, die Agrarpolitik, elementare Sozialprogramme und internationale Entwicklungs- und Hilfsprogramme, darunter auch Zahlungen an die Weltbank und die Vereinten Nationen. Nur 35 Prozent der politisch wichtigen Führungspositionen sind derzeit besetzt. Leerstellen ziehen sich durch alle Posten, Weltregionen und Fachbereiche. Sie sind vor allem dort spürbar, wo globale Krisen am stärksten wüten. Die USA wertet bewusst die Bedeutung von Diplomatie ab und es kommt zu einer Machtverschiebung in Richtung Pentagon und Sicherheitsrat des Weißen Hauses. Die Diplomatie weicht dem Machtgefüge des Militärs. Der Kongress konnte diese Entwicklungen nur abschwächen, nicht jedoch verhindern. Der zunehmende, innenpolitische Widerstand hat kaum eine Chance und wird allzu häufig im Keim erstickt. Diese Entwicklungen sind nicht nur Zeugnis wachsender politischer Instabilität und institutioneller Schwächung.

Sie prägen das weltpolitische Bild, und haben direkte Auswirkungen auf die nationale und internationale Sicherheit, globale Friedensbemühungen und den Klimaschutz.

Erstarkender Widerstand aus Nicht-Regierungskreisen
Diese Entwicklung wollen viele in der eigenen Bevölkerung nicht mehr hinnehmen. Eine starke Widerstandsbewegung außerhalb der Gefilde der US-Regierung formierte sich, die es so noch nie gegeben hat und deren Bandbreite und Intensivität überraschen: in den vergangenen Monaten haben tausende von Gruppierungen aus Städten, Bundesstaaten, Unternehmen, Volksstämmen und nichtstaatlichen Organisationen eine Vielzahl von Initiativen gegründet, um der globalen Verantwortung im Klimaschutz nachzukommen. Dazu gehören die U.S. Climate Alliance, We Are Still In und America's Pledge. Sie stehen repräsentativ für jene Millionen von Amerikanern, die sich Klimaschutzmaßnahmen weiterhin verpflichtet fühlen. Allein die involvierten Bundesstaaten und Städte repräsentieren beinahe 50 Prozent der US-Bevölkerung.

Diese Gegenbewegung stemmt sich nicht nur vehement gegen die Entscheidungen Trumps und den Austritt der USA aus dem Weltklimaabkommen. Mehr noch leitet sie Gegenmaßnahmen ein, um die Wirkungsmacht der US-Politik zu konterkarieren. Die Allianz will im Sinne der Emissionsziele einen eigenen Plan bei den Vereinten Nationen einreichen. Sie hat richtig erkannt: Wenn der Staat für die nationale Sicherheit und langfristigen Umweltschutz nicht mehr repräsentativ in der Weltpolitik einsteht, dann müssen es Einzelne, nichtstaatliche Akteure und Institutionen tun. Kalifornien sprach bereits davon, nun eigene internationale Allianzen zu schließen, zum Beispiel mit China oder europäischen Staaten. Ein weiteres Beispiel beschreibt die Dynamik und den Wandlungswillen privatwirtschaftlicher Institutionen. Sie haben einen eigenen Klimafonds eingerichtet und enorme Ressourcen mobilisiert. 1.800 Unternehmen haben bereits zugesagt, in den Fonds einzuzahlen. Ein starkes Bekenntnis, das vor ein paar Monaten noch undenkbar war.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen stellt sich daher globalpolitisch die Frage, wie Deutschland und Europa die genannten „Ausfälle" kompensieren können und ob diese Form des Transnationalismus und der institutionellen Strukturen getragen von nichtstaatlichen Kräften neue Möglichkeiten und Chancen schaffen, um die Weltengemeinschaft wieder stärker zusammenrücken zu lassen.

BEITRAG VON WOLFGANG SCHMITT

Wolfgang Schmitt brachte die afrika- und osteuropapolitische Perspektive in die Diskussion ein und betonte, dass eine rein wertegetriebene Außenpolitik Deutschlands und Europas nicht zielführend ist.

Traditionelles Verständnis von Migration und Entwicklungshilfe ist überholt
Unser Verständnis von Migrationsursachenbekämpfung ist derzeit stark mechanistisch geprägt. Vor allem mit Blick auf Afrika müssen wir hinter die wahren Gründe schauen. Wir müssen die demografische Dynamik sowie sozioökonomische Veränderungen durch Binnenmigration und Globalisierung stärker anerkennen.

Trotz zurückgehendem Engagement der USA in Afrika bleibt festzuhalten, dass die Vereinigten Staaten dort mit ca. 6.000 Soldaten derzeit vornehmlich im Sahelraum vertreten sind. Ein Aspekt, der in der anhaltenden Diskussion in Deutschland um Entwicklungshilfe und -zusammenarbeit, Sicherheit und Migration in Bezug auf Afrika eher vernachlässigt wird. Aus Investitionssicht sind die Risiken für die deutsche Privatwirtschaft, die ja seitens der Politik immer wieder dazu aufgefordert wird sich in Afrika zu engagieren, weiterhin sehr hoch. Die Märkte sind nach Kaufkraftmaßstäben zu klein für hochqualitative Produkte aus Deutschland und die Produktionskosten vor Ort sind unter dem Strich vielfach zu hoch. Im Gegensatz zum staatlich getriebenen Engagement Chinas, müssen europäische Unternehmen die Gefahren und Risiken eines ökonomischen Engagements vielfach alleine schultern.

Eine europäische Werteorientierung reicht nicht aus

Deutschland und Europa müssen diese Entwicklungen stärker in das eigene strategische Engagement in Afrika fließen lassen, vor allem mit Blick auf die Bekämpfung von Fluchtursachen und beim Ergründen von Motivationen für Migration. Das bedingt jedoch ein abgestimmtes und konsensuelles Vorgehen. In beinahe keinem Punkt besteht so viel Uneinigkeit wie in der Migrations- und Flüchtlingspolitik der EU. Wenn die Werteorientierung in einer Gemeinschaft wie der EU nicht ausreicht, um politischen Konsens und final auch außenpolitisches Gestaltungsgewicht zu erhalten, müssen andere Aspekte in den Vordergrund rücken – nämlich die klare Definition von Interessen und geopolitischen Kategorien. Dies dürfte auch die Kommunikation mit Akteuren erleichtern, denen ein wertegebundenes Begründungssystem in der Außenpolitik fremd ist. Zumal eine werteorientierte Außenpolitik immer Gefahr läuft als reines Verschleierungsmanöver vor den eigentlichen Interessen und Zielen denunziert zu werden.

Osteuropa verdient unsere volle Aufmerksamkeit

In der Diskussion um die politisch-strategische Ausrichtung Europas darf eine Wahrnehmung nicht weiter an Gewicht gewinnen: nämlich, dass es in der europäischen Gemeinschaft alleine auf die Achse Deutschland und Frankreich ankomme. Die deutsch-französische Achse hat bereits in der Vergangenheit gelegentlich zu Irritationen bei anderen EU-Partnern geführt. Nun darf in Zeiten zunehmendem Nationalismus und populistischer Isolation nicht der Eindruck entstehen, es würde sich ein Direktorium Berlin-Paris verhärten. Innenpolitisch wird diese Extrameile, auch mit schwierigeren Partnern wie Polen und Ungarn eine gemeinsame Sprache zu finden, zur Notwendigkeit und zur Bedingung für den Erfolg Europas – außen- also auch innenpolitisch.

Allzu oft verkennen wir die historisch tiefsitzenden Verletzungen unserer osteuropäischen Partner. Die kommunikative Dimension einer geschichtsbewussten Politik gegenüber unseren Partnern und Nachbarn muss in der Formulierung politischer Zielsetzungen in Europa eine größere Rolle spielen.

BEITRAG VON DENNIS TÄNZLER

Dennis Tänzler sprach zwei wesentliche Entwicklungen an, die im internationalen Gefüge um Deutschlands künftige klimapolitische Führungsrolle und der internationalen Wahrnehmung von Bedeutung sind.

Deutschland darf kein klimapolitisches Vertrauen einbüßen

Die deutsche und europäische Klimapolitik fungiert weltweit als Aushängeschild, Vorbild und Motivation. Mehr noch war die deutsche Energiewende konkreter Ausdruck eines Transformationsanspruches. Was sich seit langem jedoch bereits abzeichnete, wurde im Oktober 2017 Gewissheit: Deutschland wird seine ambitionierten Klimaziele für 2020 nicht erreichen, sondern deutlich verfehlen. Nicht zu Unrecht wurde die Entwicklung vor allem als ein „schwerer Schlag für den internationalen Klimaschutz" gewertet. Die künftige Bundesregierung muss Wege finden, die Emissionslücke nachhaltig zu schließen, um seinem internationalen Führungsanspruch weiter gerecht werden zu können. Pioniere haben Vorbildfunktion, erfolgreiche Klimaschutzmodelle haben zudem eine Legitimationsfunktion für ein noch stärkeres, globales Engagement. Insbesondere in Zeiten klimapolitischer Alleingänge, vor allem durch die USA, wird dies von besonderer Bedeutung. Wir müssen in Deutschland nicht nur den Kohleausstieg beschleunigen und in Europa das Tempo in nachhaltiger Mobilität erhöhen. Wir müssen vor allem weiterhin glaubwürdig signalisieren, dass auch für uns klimapolitische Ziele verbindlich sind und wir sie ernst nehmen.

Den Schulterschluss mit klimapolitischen Partnern suchen

Perspektivisch stellt sich die Frage nach weiteren unabhängigen Koalitionen mit Drittländern und Nutzern fossiler Energieträger, die den Gestaltungs- und Umsetzungswillen besitzen, jedoch nach partnerschaftlicher Unterstützung ersuchen. Hier rücken nicht nur politische Allianzen in den Fokus, sondern, analog zu den Entwicklungen in den USA, auch zivilgesellschaftliche und privatwirt-

FAZIT

Die Diskussion im Nachgang befasste sich vor allem mit der internationalen, hohen Erwartungshaltung an Deutschland, aber auch der Erkenntnis, dass Deutschland nicht den Alleingang anstreben kann und sollte. Vielmehr ginge es um eine geteilte Verantwortung und eine Stärkung des multilateralen Ansatzes – allen Nationalismus-Tendenzen zum Trotz. Der Erosionsprozess der „Global Governance" hätte sich lange angekündigt. Vielen gelang es im Zuge der Globalisierung nicht, konzeptionell und institutionell darauf zu reagieren und Schritt zu halten. Daher müsse das Ziel sein, die bestehenden Institutionen zu sichern und zu stärken, vor allem durch Allianzen und Partnerschaften aus privatwirtschaftlichen und nichtstaatlichen Akteuren.
Angemerkt wurde zudem die häufig einseitige Betrachtung außenpolitischer Konzepte, die vornehmlich von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik geprägt seien. Zur Außenpolitik gehöre auch die Klima- und Agrarpolitik, die wiederum an klare, individuelle innenpolitische Zielsetzungen geknüpft seien. Es ginge daher auch darum, Außen- und Innenpolitik in Einklang zu bringen, Interessen explizit zu machen und Vertrauen aufzubauen.

Für den Aufbau multilateraler Strukturen würde die vorherrschende Dynamik und Atmosphäre eine wichtige Rolle spielen. Lücken müssen vermieden, Ressourcen pragmatisch und schnell bereitgestellt werden können. Zudem sei Aufklärungsarbeit wichtig, um mit Wahrnehmungsmythen zu umgehen. Es dominiere eine gefühlte Bedrohung und Globalisierungsnervosität, auch in Europa. Das Gefühl ginge jedoch an der Realität vorbei. Niemals ging es Europa besser. Dennoch sei dies der Kernbestandteil populistischer Agitation. Man müsse daher versuchen, die Diskussion verstehbar und handhabbar zu machen.

Abschließend wurde festgehalten, dass das derzeitige politische System eine Komfortzone sei. In Europa und der Welt könne Deutschland seiner Verantwortung vor allem dann nachkommen, wenn es über neue Formen der Investitionen nachdenkt, neue Optionen in Betracht zieht und auch jene zum Teil des Selbstverständnisses werden lässt, die außerhalb dieser Komfortzone liegen – im Sinne des Multilateralismus.

Michael Werz
Michael Werz ist Senior Fellow am Center for American Progress. Als Mitglied des National Security Teams konzentriert sich seine Arbeit auf den Zusammenhang von Klimawandel, Migration, Sicherheit und aufstrebender Demokratien. Des Weiteren war Werz Senior Transatlantic Fellow am Deutschen Marshall Fund, Public Policy Scholars am Woodrow Wilson International Center for Scholars in Washington D.C. und arbeitete als John F. Kennedy Memorial Fellow am Harvard's Minda de Gunzburg Center für Europawissenschaften.
Er ist Absolvent des Instituts für Philosophie an der Universität Frankfurt und war Professor an der Georgetown University's BMW Center for German and European Studies.

Wolfgang Schmitt
Wolfgang Schmitt ist Direktor bei der GOPA Consulting Group, einer der führenden europäischen Beratungen in der Entwicklungszusammenarbeit. Zuvor war er zehn Jahre lang Geschäftsführer der GTZ (heute GIZ).
Sein Engagement in Entwicklungsangelegenheiten begann 1994 mit seiner Wahl in den Deutschen Bundestag. Er war vier Jahre parlamentarischer Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion für Entwicklungszusammenarbeit, Handel und internationale Finanzfragen und Mitglied der jeweiligen Bundestagsausschüsse.
Schmitt studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Philosophie in Düsseldorf. Er ist ein ehemaliger Marshall Memorial Fellow (1990) und hat seitdem seine Verbindungen zum German Marshall Fund of the United States aufrechterhalten.

Dennis Tänzler
Dennis Tänzler ist Director International Climate Policy bei adelphi. Schwerpunkte seiner Arbeit bilden die Themen Klima- und Energiepolitik sowie Außen- und Sicherheitspolitik. Er berät vorwiegend Bundesministerien, Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit und internationale Organisationen.
Seit 2000 hat er an zahlreichen nationalen und internationalen Forschungs- und Beratungsprojekten mitgewirkt und umfassend zu Fragen der internationalen Umwelt-und Entwicklungspolitik publiziert. Sein regionaler Fokus liegt auf Europa, dem südostasiatischen Raum und Nordamerika. 2007 und 2008 war Dennis Tänzler als Experte für Klima- und Energiepolitik im Planungsstab des Auswärtigen Amtes tätig und gehörte zwischen 2009 und 2015 dem Beirat „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung" der Bundesregierung an.

Herausgeber
Global Perspectives Initiative
gemeinnützige UG (haftungsbeschränkt)
Schönhauser Allee 10/11
10119 Berlin

office@globalperspectives.org
Telefon: +49 (0)30 726 26 75 30
Fax: +49 (0)30 726 26 75 20

Projektmanagement
Max Münz
m.muenz@globalperspectives.org

Pressekontakt
Nadine Bütow
n.buetow@globalperspectives.org

Gestaltung
Konstantin Haubrok

© December 2017, GPI